

Schwierigkeiten im Abgeordnetenhaus.

Berschärfung der Gegensätze und bisher keine Mehrheit für das Budget.

Wien, 7. Februar.

Das Abgeordnetenhaus ist heute in starker Erregung. Nach den Verabredungen unter den Parteien sollte die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag rasch zum Abschluß gebracht und dann sollte in die Beratung über die einzelnen Kapitel eingegangen werden. Allein verschärfte Misstände, die mit den verworrenen nationalen Verhältnissen in Oesterreich und mit den Einflüssen der Weltereignisse auf die innere Politik zusammenhängen, hindern das Abgeordnetenhaus, auch nur seine einfachste Pflicht, die Erledigung des Budgets, ohne krisenhafte Verhältnisse zu erfüllen. Diese sachlichen Schwierigkeiten sind in Oesterreich durch die Mittel, die in anderen Ländern zur Verfügung stehen, kaum zu überwinden. Wenn eine Regierung während der Budgetdebatte keine Mehrheit hat, bleiben zwei Wege offen: Ministertausch oder Neuwahlen. Es können auch beide Mittel zugleich angewendet werden. Wer die Verhältnisse, die sich im Krieg unter den nationalen Parteien herausgebildet haben, kennt, wird schwerlich annehmen, daß bei der jetzigen Ueberreizung ein Ministertausch in diesem Augenblick wesentliche Fortschritte bringen würde. Wir haben im Krieg, die Provisorien mitgezählt, fünf Kabinette gehabt, und das Ergebnis ist durch den häufigen Wechsel nicht besser geworden. Die Auflösung des Hauses kann, wenn die Parteien ihre wichtigsten parlamentarischen Obliegenheiten vernachlässigen sollten, trotz der Bedenken, die sich schon mit Rücksicht auf die vielen Wähler an der Front aufdrängen, eines Tages zur Notwendigkeit werden, da wir aus den ernstesten politischen Gründen ein arbeitsfähiges Parlament haben wollen und auch haben müssen. Das jetzige Abgeordnetenhaus hat die Ausgaben um Milliarden vermehrt, das Budget wesentlich verschlechtert und nach dieser parlamentarischen Finanzpolitik wäre die Nichterledigung des Budgets, die Nichtbewilligung der Einnahmen gegen jeden politischen Anstand,

Der Ministerrat versammelt.

Gegenwärtig ist der Ministerrat versammelt, um zu entscheiden, welche Beschlüsse unter den krisenhaften Verhältnissen im Parlament gefaßt werden sollen.

Der Ministerpräsident hat den Vertretern der deutsch-böhmischen Abgeordneten versprochen, daß er einen seit Jahrzehnten immer wieder vorgebrachten Wunsch erfüllen und das Kreisgericht Trautenau mit einem rein deutschen Sprengel errichten werde. Schon im Jahre 1873 hat sich der böhmische Landtag für diese Forderung ausgesprochen. Die deutschen Gebiete im nordöstlichen Teile von Böhmen sollten ein deutsches Kreisgericht haben. Nach dem bestehenden Plane würden zu diesem Kreisgerichte ungefähr 143.000 Deutsche und eine verschwindende Minorität von Tschechen, etwa 4000, gehören. Kann ein Wunsch begründeter und natürlicher sein? Aber die unerhörte Verwegenheit, mit der die Tschechen sich herausnehmen, das Selbstbestimmungsrecht von Washington, von London und von Paris zu beziehen, aber für die Deutschen in ihrem eigenen Lande nicht anzuerkennen, dieser Mangel an gewöhnlichster politischer Schicklichkeit ist eine jener Ursachen, welche dieses Haus nicht genesen lassen. Selbst der verstorbene Justizminister Schönborn war für das Kreisgericht in Trautenau und ihm, der in einer Flugschrift das böhmische Staatsrecht verherrlichte, kann sicher niemand Boreingenommenheit gegen die Tschechen nachsagen.

Als der Tschechische Verband von der Zusage des Ministerpräsidenten hörte, begannen die Drohungen mit dem Sturze des Ministeriums und der Sprengung des Hauses. Manche Parteien, die sich jetzt lärmend gebärden, würden sich ihre Haltung noch einmal überlegen, wenn ein österreichisches Ministerium die Frage prüfen wollte, ob es nicht trotz aller Schwierigkeiten richtig wäre, endlich die Wähler zu Worte kommen zu lassen. Das Kreisgericht in Trautenau, eine seit Jahrzehnten vollreif gewordene Frage, ist weniger ein Zugeständnis an die Deutschen als die Rücksicht auf tatsächliche Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung. Aber solche Rücksichten auf die Deutschen, die im Kriege geblutet und gesteuert haben, dulden die Tschechen nicht, obgleich die jetzt veröffentlichte Anfrage deutscher Abgeordneter über die Vorfälle in Böhmen viele Zeugnisse enthält, welche dringend zu einer grundsätzlichen Stellungnahme und zu einer vollständig geänderten Politik gegenüber solchen Antrieben zwingen.

Ein zweites Hindernis sind die Vorgänge im Polenklub, wo darüber gesprochen wird, daß dem Ministerium nur ein zweimonatiges Provisorium bewilligt werden solle. Haben die seltsamen Ereignisse in Lemberg die Sinnesänderung herbeigeführt oder ist es wieder die finan-

zielle Unzufriedenheit, welche besänftigt werden muß? Der Polenklub will die Vereinigung mit dem Königreich Polen. Ob dieses Ziel leichter erreicht werden wird, wenn während der Verhandlungen in Brest-Litowsk von den Polen selbst innere Krisen hervorgerufen werden, ob solche parlamentarische Ausschreitungen das Vertrauen in das künftige Verhältnis befestigen können, ist sehr zweifelhaft.

Bisher keine endgültigen Beschlüsse.

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Ministerpräsident durchaus nicht die Absicht, an den Zusagen zu rütteln, die den deutschen Abgeordneten gemacht worden sind. Die Verhandlungen mit den Polen werden fortgesetzt, was leider immer zu starken Belastungen führt. Ob die Regierung die Erledigung des Gesamtbudgets wird durchsetzen können oder sich mit einem Provisorium wird begnügen müssen, werden die nächsten Tage zeigen. Die wirkliche Krise hat ihren Sitz in der Maßlosigkeit, mit der die tschechischen Abgeordneten glauben auftreten zu können, da ihnen alles hingehet, da eine langjährige schlechte Politik diesen Hochmut gegen die Deutschen bis zur vollen Rechenschaftslosigkeit gesteigert hat.

Die Möglichkeit einer formellen Demission der Regierung.

(Nachschrift 2 Uhr)

Der Ministerrat war um 3/2 Uhr zu Ende. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß im Ministerrat die Frage einer eventuellen formellen Demission des Kabinetts in Erwägung gestanden sei. Doch wird es noch von den für den heutigen Tag zu erwartenden parlamentarischen Ereignissen und insbesondere von den Beschlüssen verschiedener Parteien abhängen, ob die Regierung die formelle Demission einreichen wird. Man glaubt in diesem Falle, daß die Demission nicht angenommen werden wird.